

## **Presseinformation**

351/10

Bildmaterial im Anhang!

Kiel, 12. November 2010

### **LINKE-Büro in Eutin attackiert: „Wir lassen uns nicht einschüchtern.“**

**Eutin/Kiel.** In der letzten Nacht hat es erneut einen Anschlag auf Büroräume der LINKEN gegeben. Ziel war diesmal das Wahlkreisbüro des Abgeordneten Raju Sharma in der Lübecker Straße 22 in Eutin. Die gesamte Fenster- und Türfront wurde in der Nacht vom 11. auf den 12. November zwischen 21 und 6 Uhr mit Parolen und Symbolen beschmiert.

„Mein Wahlkreisbüro in Eutin ist Anlaufpunkt für viele interessierte Eutiner Bürgerinnen und Bürger. Anscheinend gibt es Menschen mit einem höchst zweifelhaften Demokratieverständnis, die es nicht ertragen können, dass DIE LINKE sich vor Ort einsetzt. Von solchen feigen Attacken lassen wir uns nicht einschüchtern“, sagt Raju Sharma, Bundestagsabgeordneter der LINKEN. „Ärgerlich ist nur, dass uns das Entfernen der Schmierereien Zeit kostet, die wir lieber für Gespräche mit den Menschen nutzen würden. Außerdem wird sich einmal mehr die Justiz mit rechten Attacken gegen eine demokratische Partei befassen müssen, was die Steuerzahlerinnen Geld kostet.“

Heinz-Werner Jezewski, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag und ebenfalls vor Kurzem von Attacken auf sein Büro betroffen ergänzt: „Nachts Büroräume zu beschädigen ist hinterhältig und undemokratisch. Wer meint, auf diese Weise seiner so genannten politischen Meinung Ausdruck verleihen zu müssen, disqualifiziert sich deshalb selbst. Übergriffe dieser Art zeigen nur, dass diejenigen Personen nicht in der Lage sind, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen.“

Jannine Menger-Hamilton, Landessprecherin der LINKEN in Schleswig-Holstein fügt hinzu: „LINKE Parteibüros sind immer wieder Ziele rechter Gewaltakte. Kein LINKER lässt sich aber von solchen Taten einschüchtern. Wenn Nazis uns bekämpfen, ist das gut, denn das zeigt uns, dass wir politisch auf der richtigen Seite stehen. DIE LINKE macht mit den Menschen Politik im Interesse der Menschen und daran lassen wir uns auch von Anti-Demokraten nicht hindern. Alle Demokraten müssen gegen solche Übergriffe zusammenstehen.“